

Jürgen Danyel

Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als
Gründungskonsens? Zum Umgang mit der
Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.989>

Reprint von:

Jürgen Danyel, Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, herausgegeben von Jürgen Danyel, Akademie Berlin, 1995 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 4), ISBN 3-05-002642-1, S. 31-46

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Jürgen Danyel (1995), Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.989>

Ursprünglich erschienen als: Jürgen Danyel, Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: Die geteilte Vergangenheit. zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, herausgegeben von Jürgen Danyel, Akademie Berlin, 1995 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 4), ISBN 3-05-002642-1, S. 31-46

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien Potsdam

Band 4

Die geteilte Vergangenheit

Zum Umgang mit Nationalsozialismus
und Widerstand in beiden deutschen Staaten

Herausgegeben von
Jürgen Danyel



Akademie Verlag

Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam ist eine Einrichtung der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH München, die von der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e.V. zur Betreuung von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten gegründet wurde.

Gedruckt mit Unterstützung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg.

ZZF (147) 35
Förderungsgesellschaft
Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH
Forschungsschwerpunkt
Zeithistorische Studien
Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die **geteilte Vergangenheit** : Zum Umgang mit
Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen
Staaten / hrsg. von Jürgen Danyel. – Berlin : Akad. Verl., 1995
(Zeithistorische Studien ; Bd. 4)

ISBN 3-05-002642-1

NE: Danyel, Jürgen [Hrsg.]; GT

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1995

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z.39.48 – 1984
bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Satz: Dörlemann-Satz, Lemförde

Druck: GAM Media GmbH, Berlin

Bindung: Verlagsbuchbinderei Dieter Mikolai, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	9
Vorwort	11
I. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten und Österreich	
OLAF GROEHLER Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der SBZ und DDR	17
JÜRGEN DANYEL Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR	31
WOLFGANG BENZ Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik	47
MICHAEL LEMKE Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnepolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968	61
HERBERT OLBRICH „... was wissen Se, was mir damals alles mitg'macht ham!“ Österreich und seine nationalsozialistische Vergangenheit	87

II. Vergleichsperspektiven und Forschungsprobleme in der Diskussion

BERND FAULENBACH

Die doppelte „Vergangenheitsbewältigung“. Nationalsozialismus
und Stalinismus als Herausforderungen zeithistorischer Forschung
und politischer Kultur 107

NORBERT FREI

NS-Vergangenheit unter Ulbricht und Adenauer.
Gesichtspunkte einer vergleichenden Bewältigungsforschung 125

MOSHE ZIMMERMANN

Die Erinnerung an Nationalsozialismus und Widerstand
im Spannungsfeld deutscher Zweistaatlichkeit 133

FRITZ KLEIN

Ein schlimmes gemeinsames Erbe kritisch und selbstkritisch
auf beiden Seiten aufarbeiten 139

WOLFGANG KÜTTLER

Auf den Inhalt kommt es an. Zum Verhältnis von Zeitgeschichtsforschung
und Geschichtsdiskurs im neuvereinigten Deutschland 143

III. Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit

im historischen Kontext der Geschichte beider deutscher Staaten

GUDRUN SCHWARZ

Zur Gedenkstätte Ravensbrück 153

BODO RITSCHER

Die NKWD/MWD-„Speziallager“ in Deutschland.
Anmerkungen zu einem Forschungsgegenstand 163

GÜNTER MORSCH

Von Denkmälern und Denkmalen.
Von Gedenkstätten und Zeithistorischen Museen 181

JÜRGEN ZARUSKY

Die KZ-Gedenkstätte Dachau:
Anmerkungen zur Geschichte eines umstrittenen historischen Ortes 187

FRANK DINGEL

Das Prinz-Albrecht-Gelände: Ein Ort deutscher Geschichte 197

Inhalt	7
ANNETTE LEO	
„Stimme und Faust der Nation.“ – Thälmann-Kult kontra Antifaschismus	205
ANGELIKA TIMM	
Der politische und propagandistische Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der DDR	213
Internationale Erfahrungen	
SYBIL MILTON	
Die Darstellung des Holocaust in den USA im Vergleich zu den beiden deutschen Staaten	227
VOJTĚCH BLODIG	
Die Gedenkstätte Theresienstadt gestern und heute	235
IV. Bibliographie	
Neuere Literatur zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. Auswahlbibliographie 1989–1994 (zusammengestellt von Inge Schmöker und Jürgen Danyel)	247
Autorenverzeichnis	265

JÜRGEN DANYEL

Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR

Die Gründung der DDR im Jahre 1949 und die Konsolidierung der von der SED im Einklang mit der sowjetischen Besatzungsmacht etablierten gesellschaftspolitischen Ordnung markieren einen folgenreichen Transformationsprozeß hinsichtlich des Umgangs mit der Widerstandstradition und der Erfahrung nationalsozialistischer Verfolgung. Mit der Herausbildung des „Antifaschismus“ als für die DDR identitätsbestimmendem und staatstragendem ideologischen Konstrukt kulminiert die bereits in den Vorjahren in der SBZ einsetzende Vereinnahmung einer ursprünglich breitgefächerten und weitestgehend spontanen Erinnerungskultur verschiedener Opfer- und Verfolgtengruppen durch die parteipolitischen Sonderinteressen der KPD/SED. Die nach 1945 in den verschiedensten politischen Lagern favorisierten Vision eines antifaschistischen-demokratischen Neubeginns wurde zu einer bloßen Formel für eine Neuordnung nach sowjetischem Muster ausgedünnt, mit der die noch vorhandenen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft abgebaut und die Chance einer plural verfaßten Ordnung aufgekündigt wurde. Für das sehr differenzierte und hinsichtlich seiner Neuordnungsvorstellungen oft diffuse nichtkommunistische Spektrum der Verfolgten des NS-Regimes lief dies auf die Alternative hinaus, sich entweder unter die kommunistische Hegemonie unterzuordnen oder den Ausstieg aus dem politischen Projekt DDR zu vollziehen. Dabei ist allerdings die Zäsur des Jahres 1949 nicht absolut, vielmehr handelt es sich bei den genannten Entwicklungen um einen *längerfristigen* Übergang mit deutlichen Phasenverschiebungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Waren die machtpolitischen Prämissen bereits 1947/48 in der SBZ weitgehend geklärt, hielt in anderen Bereichen wie etwa der Kultur, Kunst und Wissenschaft oder auf dem Feld der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus der Eindruck von offenen und wandelbaren Strukturen länger an – wie anders ließe sich die Attraktivität der frühen DDR für ein breites Spektrum emigrierter Intellektueller erklären.¹

¹ Siehe dazu P. Bender, *Unsere Erbschaft. Was war die DDR und was bleibt von ihr?*, Hamburg/Zürich 1992, S. 24f.

Auch die in der unmittelbaren Nachkriegszeit kontrovers diskutierte Frage nach dem Verhältnis der Opfer und Verfolgten zu der Masse der ehemaligen Mitläufer des NS-Regimes geriet mit der staatlichen Verselbständigung der SBZ in das Fahrwasser unmittelbarer Herrschaftsinteressen und politisch-pragmatischer Strategien der SED-Führung. Die sich bald im Gestrüpp des Notalltags und der politischen Ost-West-Polarisierung verlierenden Ansätze zu einer Debatte über die moralischen Grundlagen einer deutschen Gesellschaft nach Hitler offenbarten höchst widersprüchliche Vorstellungen. Sie reichten von der rigorosen Position, die Deutschen in einer Art erziehungsdiktatorischen Daueranstrengung zu wandeln, über ein tiefes Mißtrauen, das insbesondere bei vielen jüdischen Bürgern zur gänzlichen Abkehr von Deutschland führte, bis hin zur Hoffnung auf eine gesellschaftliche Läuterung durch den Rückgriff auf vernationalsozialistische Wert- und Traditionsbestände. Der Erfahrung vieler Opfer und Verfolgter, zu einer Minderheit zu gehören und im Nachkriegsalltag erneut mit dem durch Verfolgung und Haft erlittenen Verlust von Lebenschancen konfrontiert zu sein, stand auf der anderen Seite jene kommunistische Haltung gegenüber, die in der Befreiung vom Nationalsozialismus eine Bestätigung ihres Kampfes gegen Hitler sah und aus dieser mit der hohen Zahl der Opfer belegten Tradition einen Führungsanspruch gegenüber dem deutschen Volk ableitete.

Letztere gerinnt im „Antifaschismus“ zur offiziellen Politik und bestimmt damit die Prämissen, unter denen die Integration der Mehrheit der ehemaligen Mitläufer des NS-Systems, der NSDAP-Mitglieder und zunehmend auch unterer und mittlerer Funktionsträger des Regimes in die neue gesellschaftspolitische Ordnung erfolgt. Sie prägt zudem die für die DDR spezifische Form der geistigen Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Regime und jene für das offizielle Selbstverständnis der DDR maßgebende Traditionsbildung im Rückgriff auf den Widerstand.

Allerdings erfährt die kommunistische Position in diesem Übergang von der relativ kurzen Konkurrenzsituation mit anderen Politikentwürfen unmittelbar nach 1945 zum hegemonialen Konzept in der SBZ/DDR eine beträchtliche Wandlung, die sich in erster Linie als *Verlust innerer Differenzierung* beschreiben läßt. Mit der Dominanz des in die Sowjetunion emigrierten Funktionärskorps der KPD in der politischen Klasse der frühen DDR verlieren alternative Positionen, wie etwa die moderate Richtung der Westemigration, die zudem eine größere Sensibilität für die Problematik des Holocaust besaß, erneut an Gewicht und Einfluß. Gleiches gilt für das relativ eigenständige politische Profil der „KZ- und Zuchthausgeneration“ bzw. des inneren Widerstandes in Deutschland, deren politische Konzeptionsbildung in der Spätphase des Krieges weitgehend unabhängig von Moskau erfolgte. Letztere hatte sich einerseits gegenüber anderen politischen Strömungen geöffnet, andererseits aber auch das klassische kommunistische Sektierertum in ihren Reihen konserviert. In dem Maße, wie im Selbstverständnis der „Sieger der Geschichte“ die kommunistischen Opposition gegen den Nationalsozialismus in eine Erfolgs- und Siegesgeschichte umgedeutet wird, verkümmert jener selbstkritische Ansatz, für den das Versagen der Deutschen und das Scheitern der Linken noch ein zusammengehörendes Thema war.

Für den politischen und ideellen Gehalt des „Antifaschismus“ war insofern die Mentalität und der Erfahrungsbestand einer *spezifischen politischen Generation* in der

kommunistischen Bewegung konstitutiv. Deren politische Sozialisation erhielt durch die zugespitzten Auseinandersetzungen der späten Weimarer Republik, die existenzielle (individuelle und organisatorische) Bedrohung durch die NS-Verfolgung und die Erfahrung des „Exils im Stalinismus“ eine entscheidende Prägung.² Das politische Profil dieser SED-Führungsschicht läßt sich vor allem mit den folgenden Merkmalen beschreiben:

1. *ein stark an Feindbildern orientiertes Denken*, das sich primär über die Abgrenzung zu anderen politischen Gruppierungen definierte. Dieses in sehr groben Rastern befangene Denken richtete sich nicht nur nach außen, sondern schloß immer auch die Distanzierung zu realen und potentiellen Opponenten aus den eigenen Reihen ein. In enger Verbindung damit standen oft irrationale Bedrohungs- und Einkreisungsängste, die reale Konflikte und Gefährdungen verzerrend überhöhten bzw. auf dem völligen Verlust einer differenzierten und nüchternen Wahrnehmungsfähigkeit beruhten³.
2. *einer doppelten Verhärtung* durch die Erfahrung der nationalsozialistischen Verfolgung und die Verstrickung in die stalinistischen Säuberungen im kommunistischen Exil in der Sowjetunion. Sie wurde zum einen durch die in der Illegalität und in der Haft in den Konzentrationslagern geprägte permanente Bedrohung und eine Haltung geprägt, die den Fortbestand der Idee und der eigenen Organisation oft über das Einzelschicksal der Beteiligten stellte⁴. Zum anderen speiste sie sich aus jenem Gemisch aus Angst, Opportunismus, Selbsterhaltungstrieb, Denunziation, Solidarverhalten in Einzelfällen und zynischem Pragmatismus, wie es zahlreiche Psychogramme der Moskauer Emigrantenkolonie in der autobiographischen Literatur oder in neueren quellengestützten Publikationen anschaulich vermitteln.⁵
3. *ein Elitebewußtsein* und Gefühl moralischer Überlegenheit, das sich darauf berief, nicht nur unter dem Nationalsozialismus gelitten, sondern diesen auch von Anbeginn aktiv bekämpft zu haben. Das Funktionärskorps der KPD erklärte sich quasi zum Bestandteil der siegreichen sowjetischen Militärmacht und deutete die Niederlage der KPD von 1933 und das Scheitern des Widerstandes in Deutschland entsprechend um. In der Konsequenz führte dieses Selbstver-

² Rolf Badstübner spricht in diesem Zusammenhang von einem „merkwürdigen Amalgam“, zu dem sich im Denken der SED-Führung „die Erfahrungs- und Erlebniswelten von ‚Weimar‘, Faschismus und Krieg“ und „stalinistische Dogmen“ verbanden. Vgl. R. Badstübner, Versuch, die DDR-Gründung gesellschaftsgeschichtlich zu „verorten“, in: E. Scherstjanoi (Hg.), „Provisorium für längstens ein Jahr“. Protokoll des Kolloquiums „Die Gründung der DDR“, Berlin 1993, S. 77f.

³ Deutlich wird dies etwa in der Perzeption der Bundesrepublik durch die SED-Führung in den fünfziger Jahren wie auch in der zur Massenmobilisierung gezielt überspitzten Weltkriegsgefahr. Auch im innenpolitischen Bereich erfolgt die Subsumtion von Konfliktpotentialen und Oppositionsbestrebungen unter die diffuse Alternative „Restauration der alten Ordnung“ versus „Verteidigung der Arbeiter- und Bauernmacht“.

⁴ Die anhand nunmehr zugänglicher Dokumente aus der unmittelbaren Nachkriegszeit rekonstruierbaren Vorgänge in und um die illegale kommunistische Lagerorganisation im KZ Buchenwald verdeutlichen diese spezifische Mentalität in sehr brisanter Weise. Siehe dazu L. Niethammer (Hg.), „In der Angelegenheit des Genossen Ernst Busse“. Zwei Dokumente aus einer SED-Untersuchung von 1946 betr. Beschuldigungen gegen führende deutsche Kommunisten im KZ Buchenwald, in BIOS 7, 1994, S. 1-45.

⁵ Siehe dazu u. a. R. Müller (Hg.), Georg Lukács/Johannes R. Becher/Friedrich Wolf u. a. Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung, Reinbek bei Hamburg 1991; derselbe, Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941, Berlin 1933. Zu welchen Deformationen diese Prägung führen konnte, belegt exemplarisch der Dichter und erste Kulturminister der DDR, Johannes R. Becher. Siehe dazu C. Gansel (Hg.), Der gespaltene Dichter, Johannes R. Becher. Gedichte, Briefe, Dokumente 1945-1958, Berlin 1991.

ständnis zu einer Hierarchisierung der verschiedenen Opfergruppen bis hin zur Tilgung einzelner von ihnen aus dem öffentlichen Bewußtsein der DDR.

4. ein tiefes *Mißtrauen gegenüber der Mehrheit der deutschen Bevölkerung*, die zwischen 1933 und 1945 „glücklich und zufrieden“ lebte und sich durch „Deutschlands erstes Wirtschaftwunder“, die Überwindung der Arbeitslosigkeit und den Verkauf von „Anrechtsscheinen auf Volkswagen“ korrumpieren ließ⁶. Aus dieser Haltung resultierte u. a. auch jene politische Strategie permanenter politisch-pädagogischer und propagandistischer Beeinflussung des eigenen Staatsvolkes und der Zwang zu ständiger Massenmobilisierung. Diese Tendenz ist durch die rhetorische Beschwörung der „progressiven Rolle der Volksmassen“ und andere ideologische Konstrukte in der SED-Propaganda weitestgehend verschleiert. Die DDR als eine „Erziehungsdiktatur“ bzw. Gesellschaft mit einem hohen Grad an politischer Durchdringung hat hier eine ihrer Wurzeln.
5. eine *Symbiose von proletarischem Habitus und kleinbürgerlicher Vorstellungswelt*, die in diesem Zusammenhang insofern von Belang ist, als über sie für die deutsche Gesellschaft typische Ressentiments gegenüber gesellschaftlichen Rand- und Außenseitergruppen und antisemitische Einstellungen auch in die kommunistische Ideologie transportiert wurden. Als Belege hierfür können die langanhaltenden Vorbehalte gegenüber einzelnen Opfergruppen (Euthanasie-Opfer, „Asoziale“, Zeugen Jehovas, Homosexuelle)⁷, die Denunzierung resistenter Teile der Arbeiterschaft als „deklasierter Elemente“ wie auch die Scheinlegitimation antijüdischer Ressentiments etwa durch den Antikapitalismus dienen (z.B. in der Frage der Rückgabe jüdischen Eigentums).

Aus dieser Sicht könnten weitere Untersuchungen, die sich der politischen Sozialisation, der Erfahrungswelt und Mentalität dieser für den „DDR-Antifaschismus“ konstitutiven Führungsschicht beispielsweise auf dem Wege exemplarischer biographischer Studien bzw. von Kollektivbiographien der oben skizzierten drei Grundrichtungen (Westemigration, Moskauer Exil und die KZ- und Widerstandsgeneration) zuwenden, eine wichtige Bereicherung des Bildes über die Frühgeschichte der DDR liefern. Dies umso mehr, als es sich nicht nur um die Kennzeichnung der „Produzenten“ „antifaschistischer Ideologie“ handelt, sondern diese Generationserfahrung – und hier hat der Begriff des „verordneten Antifaschismus“ seinen Sinn – auf die gesamte DDR-Gesellschaft projiziert wurde und den Ostdeutschen den Übertritt auf die Seite des „anderen Deutschland“ ermöglichte.

Vergegenwärtigt man sich die genannten Veränderungen des politischen Umgangs mit Nationalsozialismus und Widerstand, so lassen sich *zwei Grundfragen*, die im Zusammenhang mit der Debatte um das problematische Erbe des DDR-Antifaschismus nach 1989 immer wieder thematisiert wurden, differenzierter als bisher beantworten.

Die *erste* ist die Frage, ob sich der Weg von einer „pluralen VVN-Antifaschismuskultur ...“, wo die Juden noch zionistische Fahnen schwenken durften, der 20. Juli noch

⁶ Vgl. Persönliche Erklärung von Erich Honecker vor dem Berliner Landgericht am 3. Dezember 1992 (Wortlaut), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1993, H. 1, S. 122.

Diese in bewußter Anspielung auf die Akzeptanz der Marktwirtschaft durch die Ostdeutschen im deutschen Einigungsprozeß gehaltene Passage der Rede Honeckers spiegelt diese Mißtrauenshaltung sehr deutlich.

⁷ Für den Bereich des Umgangs mit der Euthansieproblematik in der DDR siehe den diskussionswürdigen Erklärungsansatz von D. Belau, Die Mentalität des Täter-Bürgers. Eine Kritik der Ethik der Industriegesellschaft. Dargestellt an der Euthanasie in Deutschland von 1933–1945 und ihrer Nichtbewältigung in der DDR/Ostdeutschland, in: Zeitgeschichte 20, 1993, S. 219–233.

existierte, die Pastoren noch mehr als nur dumme Sympis einer Widerstandsveranstaltung sein durften⁴⁸ hin zum Legitimationsantifaschismus der DDR als eine Geschichte des Verlustes und der Deformation einer ursprünglichen vitalen und pluralen Idee beschreiben läßt. Gegen diese These lassen sich eine ganze Reihe von Belegen für die schon sehr früh einsetzende Instrumentalisierung der Widerstandstradition durch die KPD anführen, die unterstreichen, daß für die Führungsgruppe der Moskau-Emigranten um Walter Ulbricht der Antifaschismus „kaum mehr als ein Lockmittel“⁴⁹ war. Ebenso liefern frühe Quellen zur KPD-internen Diskussion über die Frage, wer als Opfer des NS-Regimes anzuerkennen ist, erschreckende Beispiele des Toleranzverlustes gegenüber anderen Opfergruppen, insbesondere den rassistisch verfolgten Juden¹⁰.

Diese Gleichzeitigkeit von Offenheit, Verlust und früher Festgelegtheit erklärt sich mit der Verschiebung politischer und gesellschaftlicher Kräftekonstellationen – einem Prozeß, in dem die Gründung der DDR und die Etablierung ihres offiziellen antifaschistischen Selbstverständnisses gewissermaßen eine Zäsur des Übergangs darstellt. Kommunistisches Sektierertum in der Opferfrage und die machtpolitische Rhetorik vom notwendigen antifaschistischen-demokratischen Konsens finden sich bereits 1945. Allerdings existieren diese in der Frühphase der SBZ in einem Kontext alternativer Politikangebote (auch und gerade innerhalb der KPD), die trotz der politischen Präferenzen der sowjetischen Besatzungsmacht über beträchtliche öffentliche Wirkungsmöglichkeiten verfügen. Im Übergang zur Gründung der DDR verschwinden diese Alternativen nicht, jedoch verfügt nunmehr eine bestimmte Linie der kommunistischen Tradition über die zunehmenden Machtmittel, die konkurrierenden Angebote zu unterdrücken bzw. zu vereinnahmen.

Diese Frage nach dem Verhältnis von offenen und geschlossenen Strukturen, nach der Kräftekonstellation zwischen herrschenden Verkrustungen und alternativen politischen Entwürfen, nach Stagnation und dynamisierenden inneren und äußeren Faktoren stellt sich für unterschiedliche Phasen der DDR-Geschichte immer wieder neu, und für verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche jeweils anders. Die Annahme einer wie auch immer gearteten Limitierung der Wandlungsfähigkeit des politischen Systems der DDR ist damit keineswegs ausgeschlossen. Eine solche Betrachtungsweise, die auf Konflikte und gesellschaftliche Konstellationen in ihrem Wandel zielt, weist einen Ausweg aus den beiden Extrempositionen, zu denen zahlreiche zeithistorische Darstellungen zur DDR tendieren: Auf der einen Seite die Interpretation der DDR-Geschichte als einer Geschichte des Verlustes und der Deformation, die gleichzeitig die Annahme einer Art „guten Kerns“ des Antifaschismus und Sozialismus impliziert,

⁸ Vgl. L. Niethammer, Orte des kollektiven Gedächtnisses, in: Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes. Perspektiven, Kontroversen und internationale Vergleiche, hrsg. v. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung, Berlin 1992, S. 96.

⁹ Vgl. Bender, a.a.O., S. 23.

¹⁰ Siehe dazu O. Groehler, Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949, in: J. Kocka (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 105–128, besonders S. 109f.

den man freilegen und tradieren könnte. Auf der anderen Seite das Postulat eines quasi genetisch codierten Scheiterns, womit die Geschichte des realsozialistischen deutschen Staates lediglich als ein um vierzig Jahre verlängertes Ende, als „Untergang auf Raten“ erscheint¹¹.

Die *zweite Grundfrage* berührt die Themenstellung dieses Beitrags und darin enthaltene Annahme eines Gründungskonsens für die DDR, mit dem die Perspektive der Opfer und Verfolgten des nationalsozialistischen Regimes in das Arsenal gesellschaftspolitisch verbindlicher und auch mehrheitlich akzeptierter Leitbilder übernommen wurde. Diese Annahme muß zumindest in zwei Richtungen problematisiert werden. Der im Antifaschismus präsenste und in die DDR-Gesellschaft projizierte Erfahrungsgelalt ist der einer ganz bestimmten Opfer- und Verfolgtengruppe – und auch von dieser wiederum nur ein Ausschnitt. Er ist somit in einem doppelten Sinne selektiv.

Darüber hinaus handelt es sich um eine politisch stilisierte Erfahrung und Erinnerung, die von der Realgeschichte der NS-Verfolgung und des Widerstandes, von den in der Opposition gegen Hitler entwickelten Neuordnungsplänen wie auch von den Schicksalen der Betroffenen oft weit entfernt ist. Andererseits hat die Erinnerung an die NS-Verbrechen und ihre Opfer sowie an das bessere Deutschland der Widerstandsbewegung trotz dieser gravierenden Einschränkung die DDR in ihrer Frühphase weit stärker kulturell geprägt als die frühe Bundesrepublik.¹²

Das den Antifaschismus konstituierende System von Positionen und Wertvorstellungen läßt sich in eine *historische* und eine auf das politische Selbstverständnis der DDR gerichtete, *legitimatorische* Komponente aufgliedern.

Bei der historischen Komponente handelt es sich um ein Konglomerat von Aussagen zur Geschichte der kommunistischen Opposition gegen das NS-Regime, die auf den folgenden Axiomen beruht¹³:

¹¹ Am prononciertesten wird dieser Standpunkt von Armin Mitter und Stefan Wolle in ihrer Interpretation der DDR-Geschichte vertreten. Bereits der 17. Juni 1953 indiziert danach, „daß die DDR ein Kunstprodukt des Kalten Krieges ohne innere Legitimation war“ und sie zu keinem Zeitpunkt „eine größere innere Konsistenz“ besaß. Vgl. A. Mitter/S. Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993, S. 162.

¹² Dies gilt insbesondere für die Bereiche von Literatur und Kunst, für die Prägung einzelner Geisteswissenschaften aber auch für den Bildungsbereich. Siehe dazu Ch. Berger, *Gewissensfrage Antifaschismus. Traditionen der DDR-Literatur*, Berlin 1990; H. Mayer, *Der Turm von Babel. Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik*, Frankfurt a.M. 1991; derselbe, *Wendezeiten. Über Deutsche und Deutschland*, Frankfurt a.M. 1993, hier insbesondere das zweite Kapitel „Über deutsche Literatur nach zwei Weltkriegen“. Ferner Antifa-Filme als Nische?. Ein Gespräch mit Drehbuchautor Eberhard Görner, in: DA 26, 1993, S. 536–555. Zum Stellenwert und den Grenzen der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Philosophie der DDR siehe H. Wilharm, *Denken für eine geschlossene Welt*, Hamburg 1990, hier vor allem den Abschnitt „Antifaschismus und Irrationalismuskritik“ S. 182ff. Zur Ambivalenz des Umgangs mit Nationalsozialismus und Widerstand im Bildungsbereich der frühen DDR siehe W. Grams, *Kontinuität und Diskontinuität der bildungspolitischen und pädagogischen Planungen aus Widerstand und Exil im Bildungswesen der BRD und der DDR*, Frankfurt a.M. 1990; F. Klier, *Lüg Vaterland. Erziehung in der DDR*, München 1990, S. 17ff.

¹³ Aus der Fülle möglicher Belege siehe insbesondere F. Dahlem, *Rede zum Gedentag der Opfer des Faschismus am 12. 9. 1948*, SAPMO-BArch, ZPA, Nachlaß Franz Dahlem, NL 72/64, Bl. 30–50; W. Ulbricht, *In der Deutschen Demokratischen Republik wurde das Vermächtnis der*

- die KPD wird als konsequenteste Kraft des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus vorgestellt. Die Hervorhebung der Kommunisten wird dabei mit dem Hinweis begründet, daß die KPD die nationalsozialistische Bewegung bereits seit ihrem Aufkommen in den zwanziger Jahren entschieden bekämpft habe. Darüber hinaus handle es sich bei der kommunistischen Opposition um einen politisch motivierten und organisierten Widerstand – im Gegensatz zu individuell, sozial oder religiös motivierten Protest- und Resistenzformen sowie zur postulierten Individualisierung etwa des sozialdemokratischen Widerstands. Die Vehemenz, mit der die Nationalsozialisten die illegale KPD verfolgten, und die hohe Zahl der Opfer aus ihren Reihen rechtfertigen zusätzlich dieses Axiom des antifaschistischen Selbstverständnisses.
- die Annahme einer ungebrochenen Kontinuität des kommunistischen Widerstandes im nationalsozialistischen Deutschland im gesamten Zeitraum von 1933 bis 1945 und seiner zentralen Anleitung durch die emigrierten Führungsgremien der Partei.
- die Wahrnehmung anderer politischer und sozialer Profile des Widerstandes sowie der unterschiedlichen Opfergruppen in einem durch die erstgenannten Axiome vorgegebenen Interpretationsrahmen. Sie wird flankiert durch eine Reihe von ideologischen Konstruktionen (Einheit der Arbeiterklasse, Volksfront, Führungsrolle der KPD etc.), mit denen diese anderen Oppositionspotentiale und Opfergruppen unter den kommunistischen Widerstand subsumiert bzw. am Maßstab kommunistischer Konsequenz bewertet werden. Hinzu kommt, daß diese Interpretation einen ordnungspolitischen Konsens innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung behauptet, der hinsichtlich seiner Substanz äußerst abstrakt gedeutet wird („Kampf um Freiheit, Frieden und Demokratie, gegen Völkerhaß und Völkermord“), jedoch hinsichtlich realpolitischer Konsequenzen auf die kommunistische Konzeption einer zum NS-Regime alternativen Gesellschaft hinausläuft.
- die Kennzeichnung des Widerstandes der Kommunisten und der mit ihnen assoziierten „besten Kräfte des deutschen Volkes“ als Bestandteil der Antihitlerkoalition. Mit dieser Deutung wird der kommunistische Widerstand von einer Geschichte des Scheiterns zu einem historischen Sieg uminterpretiert.

Charakteristisch für die legitimatorische Komponente des Antifaschismus ist dabei, daß der genannte fiktive ordnungspolitische Konsens zu einem „Vermächtnis“ des Widerstandes und der Opfer des NS-Regimes stilisiert wird, dessen Verwirklichung in Gestalt der Staatsgründung im Osten Deutschlands behauptet wird. Widerstand und Opfertod erhalten somit ihren Sinn nicht mehr allein aus dem historischen Kontext des NS-Regimes, sondern aus der gesellschaftspolitischen Ordnung der DDR: „Wir haben hier im Osten Deutschlands die Lehren aus der unheilvollen Vergangenheit gezogen. Das Vermächtnis der Toten (. . .) und die großen Ideen des antifaschistischen Freiheitskampfes sind hier Wirklichkeit geworden. Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte unseres Volkes das feste, unzerstörbare Fundament des Humanismus und Sozialismus errichtet. . . . Wir erziehen eine neue lebensverbundene Jugend, die nach dem Vorbild der antifaschistischen Widerstandskämpfer lernt und arbeitet. Die Deutsche Demokratische Republik wurde zum Vaterland für alle Deutschen, die Faschismus und Krieg hassen und in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern leben wollen.“¹⁴ Als

Antifaschisten erfüllt. Rede anlässlich der Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen (Auszug), in: Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR (Hg.), Sachsenhausen, Berlin o. J., S. 14–19; Zur Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung 1933–1945, Berlin 1958, S. 4f.

¹⁴ Vgl. R. Thälmann, Rede zur Weihe der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, in: Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR (Hg.), Ravensbrück, Berlin o. J., S. 19.

permanentes Kontrastelement benötigt diese legitimatorische Komponente die Entwicklung in der Bundesrepublik, deren Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand als Atipode per se wahrgenommen und gedeutet wird.

Der im antifaschistischen Selbstverständnis der DDR, in der offiziellen Interpretation der Geschichte von 1933–1945 und im staatlich vorgegebenen Rahmen der sogenannten „Traditionspflege“ manifeste Typus der Erinnerung läßt sich vor allem mit den folgenden Attributen beschreiben:

Es handelt sich *erstens* um eine *weitgehend abstrakte und entdifferenzierte* Erinnerung, die in starkem Maße auf Symbole rekurriert. Diese Loslösung der Erinnerung von den konkreten Orten und Akteuren des historischen Geschehens läßt sich an zahlreichen Beispielen nachweisen. Sie spiegelt sich in der Anlage der Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre an den Orten ehemaliger Konzentrationlager entstandenen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR, wo eine monumentalisierte großräumige Denkmalsarchitektur die Topographie des authentischen Ortes und die erhalten gebliebenen baulichen Reste überlagerte oder deren Rekonstruktion ersetzte.¹⁵ Diesen „Verlust an Geschichtsbewußtsein“ verdeutlichen ebenso die für die DDR charakteristischen dezentralen Erinnerungsformen, z. B. die große Zahl standardisierter Gedenktafeln. Martin Schönfeld hat in einer Studie zu den Tafeln in Ost-Berlin diese zurecht als Ausdruck eines „typisierten Gedenkens“ beschrieben, in dem die Personen und Biographien in ein normiertes Raster hineinfallen, „das ihre Individualität nivelliert und sie zur bloßen Repräsentation des Widerstandes degradiert.“¹⁶

Welche entscheidenden Rolle *politische Symbole* in diesem Kontext spielen, mit denen die politischen und ideologischen Botschaften insbesondere auch des Antifaschismus in das Bewußtsein des Einzelnen und verschiedene Lebensbereiche der DDR übermittelt wurden, hat der Tel Aviver Historiker Maoz Azaryahu in einer interessanten Untersuchung belegt. Auch die symbolische Form der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes im öffentlichen Raum – der rote Winkel, die zum Schwur erhobene Hand, die geballte Faust oder auch die vielfältigen Formen künstlerischer Stilisierung von Verfolgung und Widerstand – indiziert einen Verlust an Konkretheit: „Die Gruppe der ‚Opfer‘ bleibt anonym; als Einheit ist sie ein Symbol der Barbarei des Faschismus. Schon die Bezeichnung ‚Opfer‘ birgt eine Verurteilung des Faschismus. Das Modell, das dem zugrunde liegt, ist bekannt: Die Zugehörigkeit einer Gruppe von ‚Opfern‘ zu einem bestimmten offiziellen Pantheon bedeutet die Verurteilung der Ideologie des Regimes, der politischen Bewegung, die diese Gruppe zu Opfern machte. Die politische Funktion dieser Kategorie führt dazu, daß ihre Erinnerungs- und Gedenkstätten der gesamten Gruppe oder Teilen von ihnen gewidmet sind, niemals einzelnen; allein die Gruppe – das Kollektiv – vermittelt die politische Botschaft.“¹⁷

¹⁵ Siehe dazu die Empfehlungen der Expertenkommission zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten vom Januar 1992, in: Brandenburgische Gedenkstätten, a.a.O., S. 221ff.

¹⁶ Vgl. M. Schönfeld, Gedenktafeln in Ost-Berlin, Schriftenreihe Aktives Museum, Bd. 4, Berlin 1991, S. 22.

¹⁷ Vgl. Maoz Azaryahu, Vom Wilhelmplatz zu Thälmannplatz. Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR, Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel-Aviv, Bd. 13, Gerlingen 1991, S. 189.

Bereits in der Ikonographie der frühen VVN-Denkmäler, deren bestimmendes Symbol der rote Winkel der politischen Häftlinge war, ist diese Tendenz offensichtlich. Volkhard Knigge hat in seinen Studien zur Entstehungsgeschichte der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in diesem Zusammenhang von einer dreifachen „Ein-Deutung der Toten“ gesprochen: Die Vielzahl der Opfergruppen sei zu einer einzigen der politischen Gefangenen und antifaschistischen Widerstandskämpfer differenziert worden, als politische Widerstandskämpfer wurden sie zu Helden gedeutet und schließlich im Rückgriff auf das Auferstehungsmotiv mit dem Signum der Unsterblichkeit versehen.¹⁸

Zweitens ist die Erinnerung an Nationalsozialismus und Widerstand im Rahmen des „DDR-Antifaschismus“ einer *zunehmenden Kanonisierung* unterworfen. Ein Vergleich der Forschungsprogrammatik der VVN von 1948/1949, die noch auf die gesamte Breite des Widerstandes zielte und verschiedene Formen individueller und kollektiver Resistenz thematisierte, mit den vom Deutungsmonopol des Institut für Marxismus-Leninismus geprägten widerstandsgeschichtlichen Darstellungen der fünfziger und sechziger Jahre belegt diese Verengung der Perspektive und Geschichtsglättung sehr deutlich.¹⁹ Die Weiterungen dieses offiziellen Kanons der Widerstandsgeschichte sind dabei in erster Linie von politisch-pragmatischen Erwägungen diktiert (Westarbeit in Richtung SPD-Basis, Kirchenpolitik, außenpolitische Rücksichten, Abrüstungs- und Sicherheitspolitik in den achtziger Jahren im Sinne einer „Koalition der Vernunft“²⁰

Ein *drittes* Merkmal der mit dem „Antifaschismus“ verstaatlichten Erinnerung ist deren *Normierung* in einem realtiv stabilen Arsenal *öffentlicher politischer Rituale*. Diese reichen von den über Jahrzehnte mit unverändertem Szenarium durchgeführten Tagen für die Opfer des Faschismus auf dem Ostberliner Bebelplatz, in denen die Spuren der legendären Kundgebung im Berliner Lustgarten im September 1946 zur Unkenntlichkeit verblaßt waren, bis hin zu den Jugendweiheveranstaltungen, Friedenskundgebungen und Soldaten-Vereidigungen in den zentralen Gedenkstätten, die ganze DDR-Generationen in ihrer Sozialisation geprägt haben.

Die Bedeutung dieser Rituale als Sozialisationsmedien und deren Prägewirkung sind noch ungenügend untersucht. Eine Typologie des DDR-spezifischen Umgangs mit Nationalsozialismus und Widerstand muß unbedingt um diese Dimension erweitert werden. Mit der Thematisierung der „antifaschistischen Sozialisation“²¹ in erfahrungs-

¹⁸ Vgl. dazu V. Knigge, *Der Steinerner Sieg. Zu Entstehungsgeschichte und Erinnerungsprogramm der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald*, in: *Der einäugige Blick. Vom Mißbrauch der Geschichte im Nachkriegsdeutschland*. 3. Buchenwald-Geschichtsseminar. Erfurt, Buchenwald, Ettersberg, Weimar 1993, S. 41.

¹⁹ Siehe dazu J. Danyel, *Bilder vom „anderen Deutschland“*. Frühe Widerstandsrezeption nach 1945, in: *ZfG* 42, 1994, S. 611–621.

²⁰ Siehe dazu u.a. I. Reich, *Geteilter Widerstand. Die Tradierung des deutschen Widerstandes in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*, in: *ZfG* 42, 1994, S. 635–643.

²¹ Interessante Versuche einer autobiographischen Rekonstruktion der „antifaschistischen Sozialisation“ liegen inzwischen von Monika Maron, Bernd Wittich und Wolfgang Bialas vor. Vgl. M. Maron, *Ich war ein antifaschistisches Kind*, in: dieselbe, *Nach Maßgabe meiner Befreiungskraft*. Artikel und Essays, Frankfurt a.M. 1993, S. 9–29; W. Bialas, *Antifaschismus in der DDR –*

und sozialisationsgeschichtlichen Untersuchungen zur DDR würde eine wirkungsgeschichtliche Dimension des DDR-Antifaschismus faßbar, die bei der Analyse seines politischen Gehalts und seiner Funktionen und der dazu in der Regel genutzten Quellen aus dem Herrschaftsbereich weitestgehend ausgespart bleibt. Die offensichtlichen Grenzen politik- und ideologieorientierter Analysen unterstreichen insofern, wie notwendig eine Forschungsprogrammatisierung ist, die auf das „sich wandelnde Wechselwirkungsverhältnis zwischen der diktatorischen Herrschaft und den vielfältigen Weisen (...), in denen die Menschen mit ihr umgingen“, sowie auf die „vergleichende Einordnung der DDR-Erfahrung“ zielt²².

Träger dieser inszenierten Erinnerung an Nationalsozialismus und Widerstand und der mit ihr beabsichtigten Massenmobilisierung ist ein ganzes Gefüge von Institutions- und Organisationsformen, vom Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer (ab 1953 als Nachfolgeorganisation der aufgelösten VVN) und dessen (nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker wiedergegründeten) lokalen Basisorganisationen über die Geschichtskommissionen bei den SED-Bezirksleitungen bis hin zu den Gedenkstätten, den zahllosen Namensträgerkollektiven oder den historischen Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Jugendorganisationen und nicht zuletzt den Schulen.

Lassen sich die genannten Merkmale, die die im „Antifaschismus“ geronnene Form politisch instrumentalisierte Erinnerung näher kennzeichnen, *in einem übergreifenden begrifflichen Rahmen bündeln?*

In der neueren Literatur sind vor allem zwei Versuche auszumachen, Inhalt und Funktionen des DDR-spezifischen Umgangs mit Nationalsozialismus und Widerstand in einem einheitlichen Begriff zu fassen. Dabei wird der „Antifaschismus“ zum einen als „Mythos“ bzw. als Bestandteil einer für die DDR charakteristischen „historischen Mythenbildung“ gedeutet. Der andere Erklärungsansatz definiert den Antifaschismus als eine Art Ersatzreligion bzw. als „quasireligiösen Staatskult“.

Die Verwendung des Mythosbegriffs in bezug auf den Antifaschismus der DDR oder in einem weiteren Sinne der linken Bewegung im 20. Jahrhundert erfolgt häufig, ohne daß dies methodisch reflektiert wird. Er hat so eher die Funktion eines Gleichnisses für die mit dem Antifaschismus verbundenen politisch zweckorientierten Geschichtsdeutungen oder dient der kritischen Reflexion der Selbsttäuschungen und politischen Illusionen der deutschen Linken.²³

Am weitesten konzeptualisiert ist dieser Ansatz bei Michael Zimmermann, der in seiner Analyse des DDR-Antifaschismus auf den ideologiekritischen Mythosbegriff

historisch-kritische Aufräumarbeiten, in: *Das Argument* 35, 1993, S. 551–570; B. Wittich, Initiationen zum Antifaschisten. Folgenreicher engagierter Antifaschismus, in: B. Rauschenbach, (Hg.), *Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Zur Psycho-Analyse deutscher Wenden*, Berlin 1992, S. 180–188.

²² Vgl. J. Kocka, *Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem*, in: derselbe (Hg.), *Historische DDR-Forschung*, Berlin 1993, S. 11.

²³ Siehe etwa R. Eckert, *Ende eines Mythos oder Mitbringsel in das vereinte Deutschland. Der DDR-Antifaschismus nach der Herbstrevolution von 1989*, in: *Brandenburgische Gedenkstätten*, a.a.O., S. 86–94; A. Grunenberg, *Antifaschismus – ein deutscher Mythos*, Reinbek 1993.

von Roland Barthes zurückgreift.²⁴ In den Blick gerät dabei insbesondere jene bereits geschilderte kanonische Form der Erinnerung, die einerseits an ein historisches Realgeschehen anknüpft, dieses jedoch entdifferenziert, umdeutet und wertet: „Der Mythos reduziert die Komplexität dieser politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse und Handlungen aber auf schlichte Evidenzen, er unterdrückt jedwede Dialektik und verwandelt Geschichte in ahistorische Essenz“.²⁵

Mit durchaus ähnlicher Intention, jedoch mit stärkerem Akzent auf die Formierung von Geschichtsbewußtsein verortet Alan Nothnagle den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in der DDR in einem übergreifenden Prozeß der historischen Mythenbildung, der eine ganze Reihe anderer Traditionsbestände umgreift. Diese Mythenbildung wird als ein Prozeß beschrieben, in dem „die SED und die ihr untergeordneten Institutionen bewußt und systematisch Ereignisse, Institutionen und Individuen aus der deutschen Geschichte umdefinieren, als Teil einer Strategie, mit der ein bestimmtes, politisch zweckmäßiges Geschichtsbewußtsein genährt werden soll.“²⁶

Die Deutung des „Antifaschismus“ als einer Art Religion, wie sie etwa in jüngster Zeit von Bernd Faulenbach vorgenommen wurde²⁷, zielt insbesondere auf dessen emotionale Bindekraft, über die eine Identifikation mit der DDR erzeugt wurde. In der Tat konnten über den permanenten Rückgriff auf die Tradition des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus stärkere und länger anhaltende Bindungen der Bürger an den Staat erzeugt werden, als dies bei anderen Elementen der SED-Ideologie der Fall war. Ein besonderes Phänomen stellen hierbei zweifelsohne die DDR-Intellektuellen dar, deren Verhältnis zur antifaschistischen Tradition ein interessantes Thema für die Forschung sein könnten.

Darüber hinaus gerät mit diesem Ansatz insbesondere die ritualisierte Form der Erinnerung in den Blick. Verwiesen sei hier nur auf jenen mit dem Antifaschismus verbundenen Totenkult und die im Anklang an religiöse Motive gebildeten Vorstellungen von einer Art „Auferstehung“ der toten Märtyrer in der Gesellschaft des Realsozialismus. Auch die mit den Gedenkveranstaltungen an die Opfer des Nationalsozialismus verbundene sprachliche Symbolik assoziiert den Vergleich zur starken Bildsprache der religiösen Überlieferung.

Weitesgehend übereinstimmend konstatieren beide Ansätze die legitimatorische Funktion des DDR-Antifaschismus, wie sich überhaupt die Mehrzahl der Darstellun-

²⁴ Vgl. Michael Zimmermann, Der antifaschistische Mythos der DDR, in: Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert, Berlin 1992, S. 135–153.

²⁵ Ebenda, S. 138.

²⁶ Vgl. A. Nothnagle, From Buchenwald to Bismarck: Myth-Building and Historical Consciousness in the German Democratic Republic, 1945–1989, unveröffentl. Manuskript, S. 7.

²⁷ Vgl. den Beitrag v. B. Faulenbach, in: 30. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am 5. 3. 1993. Öffentliche Anhörung zu dem Thema: „Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der SBZ/DDR“, Bonn 1994, S. 10ff. An anderer Stelle spricht Faulenbach von phänomenologischen Ähnlichkeiten der antifaschistischen Heldenverehrung zum „Märtyrerkult der katholischen Kirche“. Vgl. derselbe, Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Erinnerung? Das Bild vom deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus nach den Erfahrungen von Teilung und Umbruch, in: ZfG 42, 1994, S. 593.

gen zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in der DDR auf diesen politischen Wirkungszusammenhang konzentriert.

Bislang kaum reflektiert ist eine andere politische Funktion des Antifaschismus, die eng mit der oben gestellten Frage nach einem Gründungskonsens der DDR in Gestalt einer mehrheitlich akzeptierten Vergangenheitspolitik zusammenhängt. Sie läßt sich in der These bündeln, daß der im „Antifaschismus“ manifeste Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in *einem spezifischen Sinn funktional* für die *gesellschaftliche Integration* der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, Wehrmachtsangehörigen und des auch im Osten Deutschlands mehrheitsbildenden Teils der Bevölkerung war, der den Nationalsozialismus gestützt hatte. Oder anders formuliert: Die Transformation des Antifaschismus von der *konkreten Erinnerung*, von der individualisierenden (d. h. die Verantwortung und Schuld des Einzelnen thematisierenden) Aufarbeitungsstrategie hin zu einer *entdifferenzierten Bekenntnsideologie* war eine Voraussetzung bzw. Begleitbedingung für einen relativ *spannungsfreien gesellschaftlichen Integrationsprozeß* in der Frühphase der DDR.

Diese Kollision der Opfer- und Verfolgtentradition mit der Intention der SED, einen gesellschaftspolitischen Konsens in der Frage des Umgangs mit der NS-Vergangenheit zu erzielen, der für die Mehrheit der Bevölkerung akzeptabel ist, läßt sich für den Zeitraum von 1949 bis 1953 sehr deutlich nachweisen. Die beiden entscheidenden Pole der von der SED im Sinne einer inneren Harmonisierung forcierten Entwicklung sind dabei die politische Profilierung der „Nationalen Front“ und die Paralyisierung der Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes bis zu deren Auflösung im Jahre 1953.

Die 1949 gegründete DDR befand sich in einem innen- und außenpolitischen Spannungsfeld, aus dem ein starker Druck in Richtung einer schnellen inneren Konsolidierung der Gesellschaft erwuchs. Er resultierte in erster Linie aus der Präsenz der konkurrierenden deutschen Staatsgründung im Westen, jedoch nicht minder aus der Tatsache, daß die SED in konflikt- und wendungsreicher Harmonie mit der sowjetischen Besatzungsmacht sowohl die nationale als auch die Karte des forcierten Aufbaus des Sozialismus spielte. Mit ihrer nationalen Politik erhob die SED den Anspruch, die politischen Prämissen einer Rückkehr zu einem geeinten deutschen Nationalstaat zu definieren. Insofern hatte sie ein permanentes Interesse, auf der einen Seite der Bundesrepublik die politische Legitimation abzustreiten und zum anderen die eigene Bevölkerung für den „Kampf um die Einheit Deutschlands“ zu mobilisieren. Die Denunzierung der Bundesrepublik als einer bloßen Verlängerung des Nationalsozialismus war besonders in der Hochzeit des Kalten Krieges das Ziel zahlreicher, von der SED initiiertes Propagandakampagnen, die dabei gezielt die Defizite des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik aufgriffen und übersteigerten. Die Rolle solcher Institutionen wie der Westkommission des ZK und des Ausschusses für deutsche Einheit auf diesem Feld der deutsch-deutschen Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit sind ein eigenes Thema.²⁸

Die Anfang der fünfziger Jahre forcierte Politik der SED zur Integration der ehemaligen Anhänger und Mitläufer des NS-Regimes spiegelt sich zum einen im gesetzgeberischen Bereich. Bereits im November 1949, also unmittelbar nach der ostdeutschen

²⁸ Siehe dazu den ausführlichen Beitrag von M. Lemke in diesem Band.

Staatsgründung, verabschiedet die DDR-Volkskammer ein „Gesetz über den Erlass von Sühnemaßnahmen für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der Wehrmacht“. Mit dem drei Jahre später angenommenen „Gesetz über die staatsbürgerlichen Rechte der ehemaligen Offiziere der faschistischen Wehrmacht und der ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei vom 2. Oktober 1952 werden dann die letzten Barrieren für die Integration in die sozialistische Gesellschaft beseitigt.

Parallel zur rechtlichen Gleichstellung der ehemaligen NS-Anhänger wirbt die SED verstärkt um die sogenannten „kleinen Pg's“, die sie zum einen auf die neue politische Ordnung und zum anderen für ihre nationale Offensive gegenüber der Bundesrepublik einzuschwören hoffte. Dieses Angebot zur Sühneleistung durch Mitwirkung beim sozialistischen Aufbau sollte durch den daraus erwachsenden Loyalitätsdruck zur innenpolitischen Stabilisierung beitragen. In diesem Sinne orientierte etwa Franz Dahlem auf einer Sitzung des Zentralvorstandes der VVN am 1. 4. 1951 auf eine notwendige Neuorientierung der Arbeit des Verfolgtenverbandes gegenüber den ehemaligen Anhängern des NS-Regimes mit dem Hinweis, „... daß das zentrale Problem der deutschen Politik darin besteht, die Remilitarisierung in Westdeutschland zu verhindern und die Kriegspläne der Amerikaner zum Scheitern zu bringen. Es kommt jetzt darauf an, alle Menschen zu gewinnen, die aus irgendwelchen Gründen für den Frieden sind, d. h. es muß alles getan werden, um den Kriegsvorbereitern alle Reserven wegzunehmen, aus denen sie Söldner für ihre Formationen schöpfen könnten. Für die VVN bedeutet es, keine unkluge und falsche Politik gegenüber jenen Volksschichten zu führen, die das Hitlerregime mehr oder minder aktiv mitgemacht haben, alles zu vermeiden, was die Menschen aus diesen Schichten von uns abstoßen und in die Reserve für den amerikanischen Imperialismus hineinstoßen könnte.“²⁹ Gerade auch mit Blick auf Westdeutschland forderte Dahlem eine Verbreiterung der Arbeit, um Kriegsoffer, Umsiedler und deren Landsmannschaften, ehemalige Soldaten und Offiziere sowie die HJ-Generation anzusprechen.³⁰ Die Unzufriedenheit dieser Gruppen mit ihrer Situation in der Bundesrepublik sollte dabei politisch ausgenutzt werden.

Die Integrationspolitik der SED fand ihren Ausdruck ferner in bestimmten Veränderungen im Institutionen- und Organisationsgefüge der DDR. Eine besondere Rolle für die Einbindung „der Ehemaligen“ in das politische System war dabei der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands zugedacht, die neben ihrer Klientel im Mittelstand vor allem bestimmte Gruppen ehemaliger Berufssoldaten und Offiziere ansprach und ihnen mit der Tradition des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ ein Modell politischer Wandlung offerierte.³¹ Zugleich war die NDPD wegen dieser Vergangenheits-

²⁹ Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, Nachlaß Franz Dahlem, NL 72/71, Bl. 91.

³⁰ Ebenda, Bl. 94.

³¹ Im Vergleich zu den anderen Blockparteien ist die Geschichte der NDPD und ihre Rolle bei der Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in die DDR-Gesellschaft bislang kaum erforscht. Das inzwischen für die Forschung zugängliche Archiv der Partei hat die Quellenlage auf diesem Gebiet deutlich verbessert. Siehe dazu auch D. Staritz, National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: M. Broszat/H. Weber (Hg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 374f.

komponente in größerem Maße von der antifaschistischen Vormachtspartei SED diszipliniert. Als eine Art Juniorpartner der SED wurde sie in den fünfziger Jahren gegen immer noch aufflackernde resistente Positionen in der ostdeutschen CDU und der LDPD ausgespielt. Die beiden letztgenannten Parteien verhielten sich eher reserviert gegenüber der „Ehemaligen“ und spielten insofern bei der Integration dieser Gruppen in die ostdeutsche Gesellschaft keine nennenswerte Rolle. Ein nicht geringer Teil der ehemaligen nominellen NSDAP-Mitglieder wurde jedoch auf direktem Wege in die politischen Strukturen integriert, indem sie ohne den Weg über die Auffangpartei NDPD in die SED eintraten.

Allerdings lief dieser Prozeß trotz einer weitreichenden propagandistischen Flankierung nicht spannungsfrei ab. Insbesondere zahlreiche ehemalige Opfer des NS-Regimes und Vertreter des kommunistischen Untergrunds verfolgten diese Öffnungsbestrebungen der SED-Führung und die damit verbundenen nationale Rhetorik mit einem gewissen Unbehagen und z.T. offenem Unverständnis. Besonders innerhalb der Mitgliederbasis stößt dieser offizielle Versöhnungskurs auf beträchtlichen Widerspruch. So konstatiert etwa der Arbeitsplan des Landesverbandes Brandenburg der VVN für den Zeitraum Oktober–Dezember 1949: „Noch immer gibt es eine nicht unbeachtliche Zahl von Mitgliedern und Funktionären unserer Organisation, die durch kleinliche, gefühlsmäßig begründete Bedenken – insbesondere bezüglich der ehemaligen Pk's und der Angehörigen der NS-Organisationen – eine positive Entwicklung des Kampfes um die Schaffung der Nationalen Front verzögern und erschweren“.³² Die Führung der VVN verstärkt daraufhin den Druck auf die Basis, sich in den Strukturen der Nationalen Front zu engagieren. In einer Resolution der Landesdelegiertenkonferenz der VVN vom 13. 1. 1950 werden die VVN-Vorstände verpflichtet, öffentliche Versammlungen mit dem Thema „Bedeutung des Amnestiegesetzes und Entwicklung der Nationalen Front“ durchzuführen. Auch in den Folgejahren reißen die Klagen über „ideologische Schwächen“ sowie „Unklarheiten und falsche Auffassungen in bezug auf die nationale Frage“ bei den Mitgliedern nicht ab (Delegiertenkonferenz des Landesverbandes Brandenburg der VVN am 31. 3.)³³

Diese Spannungen resultierten nicht zuletzt aus dem spezifischen Charakter der VVN, die mit ihrer engagierten Laienforschung zur Geschichte des Widerstandes, ihrer politischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit sowie der Fahndungstätigkeit nach NS-Tätern eine konkrete Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und das moralische Versagen der großen Mehrheit der Deutschen verkörperte. Mit dieser konkreten Erinnerung, die immer auch den moralischen Diskurs um Schuld beinhaltete, und ihrem Selbstverständnis als eine Art überparteiliches moralisches Gewissen wirkte die Organisation eher polarisierend. Daraus erwachsen zwangsläufig Reibungen mit einer SED-Politik, die aus politisch-pragmatischen Erwägungen mit einer sozialistischen Schlußstrichvariante gerade auf den Abbau der polarisierenden Effekte der Erinnerungsarbeit an den Nationalsozialismus zielte. Sie führten schließlich auch zu der von der SED-Führung im Februar 1953 erzwungenen und ohne Beteiligung der

³² Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, V 278/4/1.

³³ Ebenda.

Mitgliederbasis beschlossenen Auflösung der VVN, die zu einem Hemmnis der Politik der „Nationalen Front“ geworden war. Entsprechend spielten auch die von Franz Dahlem auf der letzten Sitzung des Zentralvorstandes der Verfolgtenorganisation am 21. 2. 1953 vorgetragene offiziellen Sprachregelungen für die wie es damals hieß „Einstellung der Tätigkeit der VVN“ auf dieses Problem an: „Die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik hat zur Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus geführt. Die Festigung der Staatsmacht in der DDR, der Übergang zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus, der bewaffnete Schutz der demokratischen Errungenschaften und der sozialistischen Entwicklung durch unsere Volkspolizei und die Organe der Staatssicherheit sichern für immer, daß Faschismus und imperialistische Knechtschaft im Gebiet der DDR nicht wiederkehren können. Der Kampf aber gegen die imperialistischen Kriegspläne der amerikanischen und deutschen Imperialisten, gegen die Remilitarisierung und Refaschisierung Westdeutschlands ist zu einer Angelegenheit der Gesamtheit unseres Volkes, zu einer Sache unserer gesamten Republik, ihrer Regierung, der Volkskammer und aller von der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der Friedensbewegung erfaßten Menschen geworden. Die Fortführung einer besonderen Organisation der antifaschistischen Widerstandskämpfer würde unter diesen Bedingungen auf die Dauer zur Absonderung und Isolierung von der breiten patriotischen Massenbewegung unseres Volkes führen.“³⁴ Im Lichte der inzwischen verbesserten Quellenlage zur Endphase der Tätigkeit der VVN bedürfen bisherige Deutungen der Ursachen für die Auflösung, die vor allem auf interne Machtkämpfe innerhalb der SED-Führung, insbesondere zwischen Franz Dahlem (der mit der VVN über eine Art eigener Hausmacht verfügte) und Walter Ulbricht, sowie auf „ideologische Abweichungen“ in der Organisation abheben,³⁵ der Ergänzung bzw. müssen neu überdacht werden.

Die Auflösung der VVN stellte eine entscheidende Zäsur für den eingangs beschriebenen Transformationsprozeß des Antifaschismus von der Erinnerungsarbeit der Überlebenden hin zur staatstragenden Ideologie. Gefragt war nunmehr ein Antifaschismus, der eher abstrakte Bezüge zur Geschichte von Verfolgung und Widerstand auf der einen und von Anpassung und Unterstützung des Regimes auf der anderen Seite aufwies und die Loyalität zur Politik der SED zum Kriterium der Wandlungsfähigkeit für ehemalige NS-Anhänger machte. Jene *Symbiose von antifaschistischer Legitimation und integrativer Politik* erfolgte um den Preis einer weiteren Entleerung der Erinnerungsarbeit. Für die beschriebene Integrationspolitik war diese Entkonkretisierung und Entdifferenzierung im gewissen Sinne funktional. Sie erleichterte es jener ostdeutschen Bevölkerungsmehrheit, die keinerlei Erfahrungsbezug zur offiziell propagierten Widerstandstradition hatte, sich ohne Gewissenskonflikte und ohne große Brüche in ihrer bisherigen politischen Mentalität mit dem antifaschistischen Selbstverständnis

³⁴ Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, Nachlaß Franz Dahlem, NL 72/74, Bl. 18.

³⁵ Siehe dazu J. Foitzik, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), in: SBZ-Handbuch, a.a.O., S. 748f.; G. Fippel, Der Mißbrauch des Faschismus-Begriffs in der SBZ/DDR, in: DA 25, 1992, S. 1065; A. Leo, Antifaschismus und Kalter Krieg - Eine Geschichte von Einengung, Verdrängung und Erstarrung, in: Brandenburgische Gedenkstätten, a.a.O., S. 78f.

des Staates zu arrangieren bzw. es selbst zu verinnerlichen. Der gesellschaftliche Konsens, der sich in der DDR nach 1949 herstellte, läßt sich somit als eine Art Gesellschaftsvertrag interpretieren – ein Kompromiß, der zu einem spezifischen Interessenausgleich auf dem Feld der Vergangenheitsaufarbeitung mit dem Ziel einer inneren Konsolidierung und Harmonisierung der DDR führte. Für die überlebenden Opfer und Verfolgten waren die abstrakte Symbolik und die Rituale der sogenannten „antifaschistischen Traditionspflege“ immer noch mit einer (ihrer) konkreten Erinnerung verbunden und vermittelten zudem den Eindruck gesellschaftlicher Wertschätzung. Für die Mehrheit der Bevölkerung war ein um die Dimension moralischer Rigorosität entschärfter Antifaschismus eher zu akzeptieren und erleichterte den Weg in die neue politische Ordnung.

Auch in seiner *integrativen Dimension* war der DDR-Antifaschismus somit ambivalent. Zum einen spiegelt er ein Stück gesellschaftlicher Normalisierung nach einer einschneidenden Umbruchphase mit ihren beträchtlichen sozialen und politischen Konfliktpotentialen – hier wäre ein Vergleich zu ähnlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik sinnvoll und ergiebig. Zum anderen steht er für eine folgenreiche Entwicklung, mit der ein wirklicher Bruch mit den für den Nationalsozialismus charakteristischen autoritären Prägungen und einer Mentalität politischer Subordination versäumt wurde.